



WIRTSCHAFTS- VERTRETUNG MIT GESCHICHTE

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	3
Mehr als 100 Jahre Arbeitgeberverband in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens	3
Über 220 Jahre Industrie- und Handelskammer in Ostbelgien	4
B. Die Geschichte der IHK Ostbelgien	4
Teil 1: Die Zeit von 1804 bis 1857	4
1.1. Gesetz vom 12. April 1803.....	4
1.2. Gründung am 2. April 1804 durch Napoleon.....	5
1.3. Die Periode 1814–1822.....	5
1.4. Die Periode 1822–1857.....	6
Teil 2: Die Zeit von 1858 bis 1918	7
2.1. Erlass vom 12.09.1858.....	7
2.2. Die Periode 1858–1897: Handelskammer für den Kreis Eupen.....	8
2.3. Die Periode 1897–1915: Handelskammer für die Kreise Eupen–Malmedy–Montjoie.....	9
2.4. Die Periode 1915–1919: Handelskammer für die Kreise Eupen–Malmedy–Montjoie und Schleiden.....	10
Teil 3: Die Zeit von 1919 bis 1944	10
3.1. Die Periode 1919–1922: Die Übergangszeit.....	10
3.2. Die Periode 1922–1940: Die Handelskammer wird freie Fachvereinigung.....	11
3.3. Die Periode 1940–1944: Die Handelskammer wird Aachener Zweigstelle.....	13
Teil 4: Die Zeit von 1944 bis 1975	14
4.1. Die Periode 1944–1960: Die Nachkriegszeit.....	14
4.2. Periode 1961–1968: Umwandlung in eine GoE.....	16
4.3. Periode 1968–1975: neue Führung, schwierige Wirtschaftslage.....	17
Teil 5: Die Zeit von 1976 bis heute	18
5.1. Periode 1976–1986: neues Gebäude, 175jähriges Jubiläum, Standortwerbung.....	18
5.2. Periode 1987–1997: veränderte Marktbedingungen, euregionale Aktivitäten.....	19
5.3. Periode 1998–2004: Akkreditierung, ISO-Zertifizierung, 200jähriges Bestehen.....	20
5.4. Periode 2004 bis 2024: große Veränderungsprozesse und Krisen.....	21
5.5. Periode ab 2025: Gemeinsam in die Zukunft – eine neue Etappe für Ostbelgiens Wirtschaft.....	23

A. Einleitung

Mit dem Zusammenschluss der Industrie- und Handelskammer Ostbelgien (IHK) und des Arbeitgeberverbands in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (AVED) im Jahr 2025 beginnt ein neues Kapitel für die wirtschaftliche und sozialpartnerschaftliche Interessenvertretung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Beide Organisationen blicken auf eine lange und bewegte Geschichte zurück: Die Wurzeln der IHK reichen über 220 Jahre zurück, während der AVED seit über 100 Jahren die Interessen der privatrechtlichen Arbeitgeber in Ostbelgien vertritt.

Mit der Fusion von IHK und AVED bündeln zwei starke Institutionen ihre Kräfte, um die wirtschaftlichen Interessen der Region noch gezielter zu vertreten. Ein Blick in die Geschichte der beiden Vereinigungen zeigt, wie wichtig diese Entwicklung für die Zukunft ist.

1. Mehr als 100 Jahre Arbeitgeberverband in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Der Ursprung des heutigen Arbeitgeberverbandes ist zurückzuführen auf den am 12. Mai 1920 gegründeten Allgemeinen Arbeitgeberverband Eupen (AAV).

Der AAV wurde infolge der neuen Grenzziehung und der Übernahme der früheren Kreise Eupen und Malmedy durch Belgien durch hiesige Arbeitgeber ins Leben gerufen. Zu diesem Zeitpunkt wurden die Arbeitgeber des Verbandsgebietes von ihren traditionellen und gewachsenen Bindungen zu ihren bisherigen deutschen Interessenvertretungen abgeschnitten, wobei andererseits die Wahrung der Interessen durch belgische Verbände noch nicht gesichert war.

Am 15. Dezember 1970 wurde der AAV in eine "Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht" (VoG) gemäß Gesetz vom 27. Juni 1921 umgewandelt. Der Name wurde in „Allgemeiner Arbeitgeberverband für die Gebiete Eupen-Malmedy-Sankt Vith“ geändert. 28 Unternehmer unterzeichnet den Gründungsakt, der am 11. Februar 1971 in den Anlagen des Belgischen Staatsblattes veröffentlicht wurde.

Bis Ende der 1980er Jahre war der Verband auf lokaler Ebene in Tarifverhandlungen einbezogen, die nunmehr vollständig auf föderaler, regionaler und sektorieller Ebene erfolgen.

Durch die außerordentliche Generalversammlung vom 9. November 2004 wurden im Rahmen einer Satzungsänderung u.a. der Name in „Allgemeiner Arbeitgeberverband Eupen-Malmedy-Sankt Vith“ geändert. Des Weiteren wird erstmalig der Begriff „Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens“ als Teil des Verbandsbezirkes offiziell in die Satzungen aufgenommen.

Infolge der progressiven Erweiterung von Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (DG) und der damit verbundenen wachsenden Autonomie – auch in wirtschaftsrelevanten Bereichen – vertritt der Arbeitgeberverband verstärkt die Interessen der Arbeitgeber schwerpunktmäßig auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Durch Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 19. November 2012 trägt der Verband nunmehr den Namen „Arbeitgeberverband in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens“, in Kurzform: **aved**.

2. Über 220 Jahre Industrie- und Handelskammer in Ostbelgien

Mit ihrer Gründung am 2. April 1804 durch einen Erlass Napoleons blickt die Industrie- und Handelskammer mit Sitz in Eupen auf eine mehr als zwei Jahrhunderte umfassende Geschichte zurück. Diese lange Zeitspanne war geprägt von tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen, die die Kammer und ihre Mitglieder immer wieder vor neue Herausforderungen stellten.

Die nachfolgende historische Darstellung verfolgt zwei zentrale Ziele: Zum einen möchte sie die Entwicklung der IHK Ostbelgien im Kontext des wirtschaftlichen Lebens in unserer Region nachvollziehbar machen, zum anderen soll sie den Beitrag jener Persönlichkeiten würdigen, die in entscheidenden Epochen industriellen und technischen Wandels Verantwortung trugen und mit ihrer Weitsicht die wirtschaftliche Stärke Ostbelgiens mitprägten.

Dass Unternehmen aus unserem Kammerbezirk bis heute über die Grenzen hinaus Anerkennung genießen, ist nicht zuletzt das Ergebnis der unternehmerischen Tatkraft und des Durchhaltevermögens vieler Generationen. Trotz wiederholter Umbrüche – darunter politische Neuordnungen und nationale Zugehörigkeitswechsel – hat die Kammer ihre Aufgabe stets mit Nachdruck verfolgt: die Vertretung und Förderung der wirtschaftlichen Interessen auf lokaler und regionaler Ebene.

Im Sinne dieser Tradition laden wir dazu ein, sich auf eine Zeitreise durch die Geschichte der IHK Ostbelgien zu begeben – eine Geschichte, die eindrucksvoll belegt, wie stark regionale Wirtschaftskraft mit institutioneller Kontinuität verbunden sein kann.

B. Die Geschichte der IHK Ostbelgien

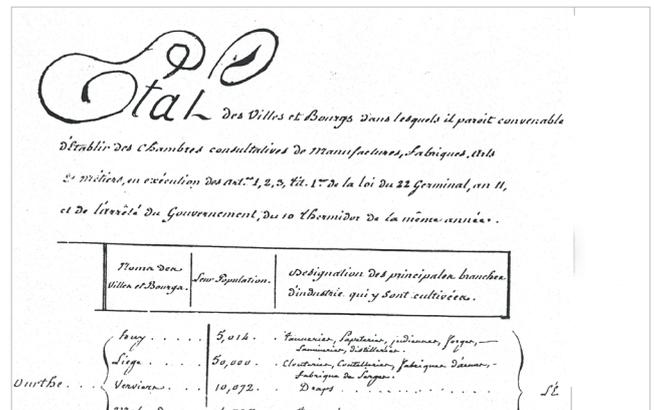
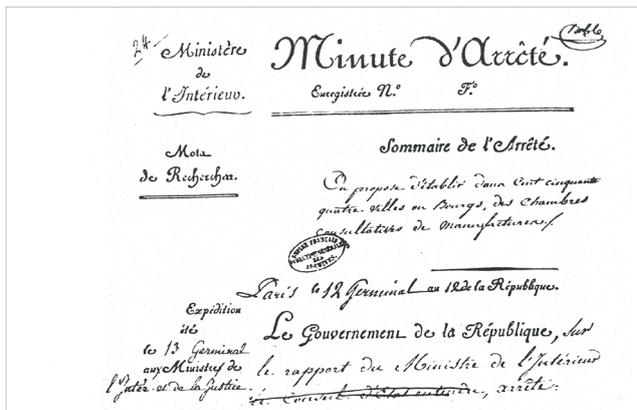
1. Teil 1: Die Zeit von 1804 bis 1857

1.1. GESETZ VOM 12. APRIL 1803

Da die von der französischen Revolution geschaffene Gewerbefreiheit, in Verbindung mit der Ausdehnung der gewerblichen Großbetriebe durch die mannigfaltigen chemischen und maschinentechnischen Erfindungen, dem gewerblichen Leben einen solchen Auftrieb gegeben hatte, wurde die Neugestaltung der wirtschaftlichen Interessenvertretung unerlässlich und durch eine gesetzliche Regelung organisiert. Das Gesetz vom 22. Germinal des Jahres XI (12. April 1803) der französischen Regierung sah die Schaffung der "Chambres Consultatives de manufactures, fabriques, arts et métiers" (Beratende Kammer für Industrie und das Kleingewerbe) vor. Diese, unter dem Vorsitz des Bürgermeisters stehenden beratenden Kammern, setzten sich aus 6 Mitgliedern zusammen, die entweder Manufakturbesitzer, Fabrikanten oder Fabrikdirektoren sein mussten, oder zumindest einen solchen Beruf während einer Dauer von 6 Jahren ausgeübt hatten. Aufgabe der Kammer war es, die Bedürfnisse und die Verbesserungsmöglichkeiten der Manufakturen, Fabriken, Künste und Gewerbe aufzuzeigen. Die Vorschläge und Berichte der Kammern waren an den zuständigen Unterpräfekten ihres Bezirkes zu senden. Dieser leitete sie, mit seiner Stellungnahme versehen, an den Präfekten weiter, der sie dem Minister unterbreitete.

1.2. GRÜNDUNG AM 2. APRIL 1804 DURCH NAPOLEON

Als nun am 12. Germinal des Jahres XII, also am 2. April 1804, durch Regierungserlass Napoleons in 154 französischen Städten beratende Kammern errichtet wurden, befanden sich Eupen und Malmedy ebenfalls unter den angeführten Orten. Das Entstehen dieser Kammern verdanken beide Städte der schon damals hochentwickelten Tuchindustrie bzw. Lederverarbeitung. In Eupen fanden die ersten Wahlen am 14. Ventöse des Jahres XIII (5. März 1805) unter dem Vorsitz des damaligen Bürgermeisters Vercken de Vreuschemen statt. Vorhergehende Anweisungen wurde durch den Präfekten bezüglich der Fabrikanten und Gewerbetreibenden gegeben, aus deren Reihe die Mitglieder der Konsultativen Kammer zu wählen waren. Ab dem Jahr 1805 bis 1814 erstattete die Kammer dem Innenminister regelmäßig Bericht über den Stand der hiesigen Fabriken, insbesondere der Tuchmanufaktur, und deren Produktion. Die Ausfuhrländer waren u.a. Russland, Dänemark, Polen, Deutschland, die Levante (Vorderasien), Spanien und Frankreich. Die Kammer richtete in der Zeit verschiedene Bitten an den Kaiser. Interessant ist ferner, dass mit dem Jahre 1806 für die Tuchfabrikation in Eupen durch die Einführung von Rau- und Schärmaschinen eine vollständige Umwälzung der bisherigen Arbeitsmethoden erfolgte. 1807 wurde die erste mechanische Wollspinnerei errichtet, gefolgt ab 1808 von mehreren größeren Fabrikanlagen.



1.3. DIE PERIODE 1814-1822

Mit dem Vormarsch der alliierten Truppen, deren Vorhut am 21. Januar 1814 in Eupen eintraf, begann für Eupen sowie für die Kammer ein neuer Geschichtsabschnitt. Mit dem Absägen des Freiheitsbaumes am 30. Januar 1814 hörte die französische Herrschaft auf und mit ihr auch die guten Geschäftsverbindungen, die mit Frankreich angeknüpft worden waren. Die Anordnungen der neuen Machthaber ließen nicht lange auf sich warten. Auf Befehl des Generals Baron de Winzingerode in dessen Hauptquartier zu Binche am 28.01.1814 mussten die Tuchlieferungen sofort an die Invasionsarmee erfolgen. Aus der Aufstellung der Mengen, die von den einzelnen Städten des Départements de l'Ourthe zu liefern waren, geht hervor, dass die Tuchfabrikation in Eupen die bedeutendste im gesamten Département war. Da die Bezahlung mittels noch einzuziehender Steuern erfolgte sollte, intervenierte die Kammer damals beim Prinzen von Schweden und wies auf die katastrophale Lage der Eupener Tuchfabrikanten hin, die nunmehr vollständig von Frankreich abgeschnitten waren, wo sie den größten Teil ihres Vermögens in Form von gewaltigen Tuchlagern und Forderungen aus Tuchlieferungen hatten.

Nach dem Sieg der Verbündeten über Frankreich legte der Wiener Kongress 1814-1815 die endgültigen Grenzen Frankreichs fest. Eupen, das Preußen endgültig zugeschlagen wurde, lag jetzt an der äußersten Grenze und wurde also von den Ortschaften und der Provinz getrennt, die seit alten Zeiten in Bezug auf die Tuchindustrie ein Ganzes ausmachten und engstens mit diesem Gewerbe verbunden waren. Eupen war damit isoliert. Die Kammer blieb unter preußischer Herrschaft weiterbestehen. Die in französischer Zeit entstandenen Bestimmungen über die beratende Kammer, blieben in der preußischen Zeit nicht nur unverändert, sondern die Regierung griff in die bis 1822 ruhenden Ergänzungswahlen ein und überwachte diese seit dieser Zeit genau. Nach dem Tod des Bürgermeisters Vercken de Vreuschemen 1818 versah der Fabrikant Gerh. Wilhelm Hüffer die Verwaltung des Bürgermeisteramtes und damit auch der konsultativen Kammer.

1.4. DIE PERIODE 1822–1857

Als Andreas Grand’Ry 1822 Bürgermeister der Stadt Eupen und gleichzeitig auch Kammerpräsident wurde, trat eine Änderung ein. Erstmals seit Bestehen der Kammer wurde in der Person des damaligen Stadtsekretärs De Bey ein Kammersekretär ernannt. Die Lage der heimischen Industrie seit der Zugehörigkeit zu Preußen war bis dahin äußerst schlecht. Die Fabrikanten hatten durch die Trennung von Frankreich, wo sie große Lager unterhielten, Unsummen verloren. Ferner beeinträchtigten die strengen Maßnahmen des Auslandes die heimische Industrie, besonders aber diejenigen Frankreichs, das ein feindseliges, prohibitives Zollsystem hatte und außerdem noch Ausfuhrprämien für eigene Tuche gewährte. Die Not in der Zeit war groß, Fabrikanten und wohlhabende Bürger spendeten nach Kräften. Noch 1823 ruft die Kammer die Fabrikanten zu einer Besprechung zusammen über die weitere Unterstützung der arbeitslosen Fabrikarbeiter zusammen. Um diese Zeit wird ebenfalls eine Krankenkasse für Fabrikarbeiter gegründet. Zahlreiche Eingaben und Beschwerden der hiesigen Industriellen an die jeweils zuständige Regierungsstelle prägen die Tätigkeit der Kammer: Probleme wegen der Austrocknung der Waldungen und des Venns und dessen Einfluss auf den Wasserspiegel der Weser, Schutz der Fabrikzeichen, Festhalten an der Maas-Rhein-Verbindung anstatt der durch das Niederländische Gouvernement geförderte Projekt der Verbindung der Maas mit der Mosel, Gründung eines Wollmarktes und der Errichtung einer Leihbank in Aachen.

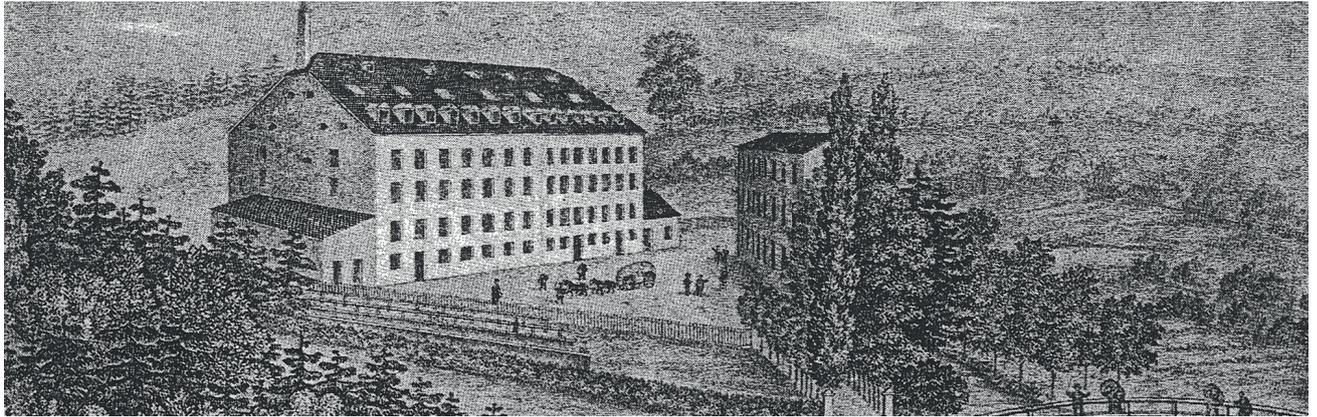
Als am 23. Mai 1831 die Handelskammer Düsseldorf ein neues Statut erhielt, das für alle Handelskammern der Rheinprovinz gültig sein soll, fanden Ende 1831 in Eupen und Malmedy ebenfalls Wahlen statt zur Neubildung der jeweiligen Handelskammer. Bald musste jedoch festgestellt werden, dass die Verfügungen über die Neuorganisation der Handelskammern nicht auf die Konsultativen Kammern anzuwenden waren. Diese blieben in ihrer bisherigen Form weiter bestehen. 1834 wird die Konsultative Kammer zu Aachen aufgelöst und an deren Stelle eine Handelskammer errichtet. Die Geschäftslage war zu dieser Zeit fortwährend gut, da die angeknüpften Geschäfte zur Levante über Wien und Triest an Bedeutung zugenommen hatten.

Die bedeutende Stückzahl Tuch wurde um 1830 auf rund 1000 Webstühlen fabriziert. Die dazu benötigte Wolle kam von den hiesigen sowie den benachbarten belgischen Spinnereien, die aus der Zeit vor 1815 noch auf diese Arbeit eingestellt war. 1838 erhielt die Stadt Eupen einen neuen Bürgermeister und die Kammer hiermit einen neuen Präsidenten, Herrn Peter Dr. Ney. 1846 wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht zweckmäßiger sei, auch in Eupen eine Handelskammer aufgrund des neuen Statuts einzurichten.

Trotz der Billigung des geplanten Vorhabens von den höheren Behörden wurde in der Sitzung vom 16. November 1846 beschlossen, von der Einrichtung einer solchen einstweilen abzusehen, weil bei den bedrängten Zeiten die Zustimmung der Gewerbetreibenden zu den entsprechenden Kosten nicht zu erwarten sei.

Am 26. September 1846 beauftragt der provisorische Bürgermeister Harenne bis auf Widerruf den beigeordneten Bürgermeister Julius The Losen mit dem Vorsitz der Kammer. In der Sitzung der Kammer vom 4. April 1848 wurde die Umwandlung der konsultativen Kammer zu einer Handelskammer nach dem Gesetz vom 11. Februar 1848 einstimmig beschlossen. Ferner wurde ein Komitee gewählt, das unverzüglich bei der Regierung vorstellig werden sollte, um die inzwischen schwierige Lage der hiesigen Gewerbetätigkeit zu schildern, und um Unterstützung seitens der Königlichen Bank zu bitten. Da die vorstehend geschilderte Lage wohl im ganzen Regierungsbezirk Aachen die gleiche gewesen sein muss, bewilligte der Finanzminister einen Fonds von 100.000 Talern, davon 40.000 für die Stadt Aachen und 60.000 für den übrigen Bezirk.

Durch Vermittlung der Kammer wurde 1848 ein Depot der Königlichen Darlehenskasse in Eupen errichtet. Am 28. Oktober 1848 stellte die Kammer an die Königliche Regierung den offiziellen Antrag zur Errichtung einer Handelskammer nach dem o.g. Gesetz und fügte diesem Antrag den Entwurf eines Geschäfts-Reglements bei. Diesen Antrag beantwortete die Königliche Regierung zu Aachen erst Ende 1850, und zwar mit dem Bescheid, dass diese Angelegenheit noch nicht spruchreif sei. Eupen habe zwar eine bedeutende Fabrikindustrie, diese Tatsache allein genüge jedoch nicht, um eine Handelskammer gemäß der Verordnung vom 11. Februar 1848 über die Handelskammern zu bilden.



Darüber hinaus wurde angeregt, um einen möglichst ausgedehnten Bereich zu vertreten, Rücksprache mit Malmedy und Montjoie zu nehmen. Da man aber von keiner Seite dem Projekt das notwendige Interesse entgegenbrachte, man vielmehr die Beibehaltung des damaligen Zustandes wünschte, schlummerte diese Angelegenheit bis 1857. In der Sitzung vom 25. November 1857 wurde die Errichtung einer Handelskammer nach der neuen Verordnung erneut aufgegriffen. Ein neuer Antrag erfolgt mit Schreiben vom 11. Dezember 1857 an den Landrat v. Harenne. Die Lage der heimischen Industrie in den Jahren 1843 bis 1858 war wechselhaft. Schlechte Zeiten wechselten sich mit vorübergehenden Besserungen ab. Die Hauptabsatzmärkte der Tuchindustrie waren die Levante, die Vereinigten Staaten v. Amerika, China, der Zollverein, Holland, Italien und die Schweiz. Die Streichgarnspinnereien, Maschinenfabriken, Lederfabriken und Gerbereien waren ebenfalls ziemlich bedeutend.

2. Teil 2: Die Zeit von 1858 bis 1918

2.1. ERLASS VOM 12.09.1858

Am 12. September 1858 genehmigte dann endlich der König von Preußen die Errichtung einer Handelskammer für den Kreis Eupen. Die bestehende konsultative Kammer für Manufakturen, Fabriken, Künste und Gewerbe wird durch denselben Erlass aufgehoben. Letztere hatte also ein halbes Jahrhundert bestanden. Wie wir anhand der zahlreichen Eingaben sehen konnten, hatte die Konsultative Kammer in den 54 Jahren ihres Bestehens eine außergewöhnliche Tätigkeit entwickelt und dazu beigetragen, die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu fördern und deren Interessen wahrzunehmen, besonders in der äußerst schwierigen Übergangszeit nach 1815, als unsere Gebiete zu Preußen kamen. Bemerkenswert sind ebenfalls die zahlreichen Eingaben über das Transportwesen (Aktienstraße Eupen-Aachen, Bau einer Straße nach Montjoie mit Anschluss an die Straße Coblenz-Trier, Eisenbahnbau Köln/Aachen nach Lüttich mit Anschluss Eupen, ...), da die Stadt Eupen auf diesem Gebiete stets stiefmütterlich behandelt wurde, was wahrscheinlich einen großen Einfluss auf die Entwicklung der Stadt und ihren Handel hatte.

2.2. DIE PERIODE 1858–1897: HANDELSKAMMER FÜR DEN KREIS EUPEN

In der Sitzung vom 3. Januar 1859 wurde Julius The Losen durch geheime Wahl zum Präsidenten gewählt. In dieser Sitzung wurde der Kammer mitgeteilt, dass das Siegel der Handelskammer die Inschrift "Handelskammer zu Eupen" zu führen hat. Das erste Budget in Höhe von 119 Taler und 6 Silbergroschen wurde auf 69 Firmen im Verhältnis des Gewerbesteuerbetrages umgelegt. In der Sitzung vom 11. Januar 1859 wurde Schullehrer Johann Heinrich Götte zum Sekretär gewählt. Am 16. Februar 1859 stellte die Kammer unter Berücksichtigung verschiedener Abänderungen ein neues Regulativ der Geschäftsordnung auf, das am 23. Februar 1859 von der Königlichen Regierung genehmigt wurde. Nach Abschluss dieser Formalitäten konnte die neuerrichtete Kammer ihre Tätigkeit aufnehmen. Das Jahr 1860 war gekennzeichnet durch viele Gespräche und Verhandlungen mit der belgischen und Preußischen Regierung zwecks Anlage von Sammel-Bassins an der Weser und der Hill. 1861 wird endlich mit den Arbeiten einer Zweigbahn Eupen–Herbesthal begonnen, für welche die Kammer seit Jahren kämpfte. Die Eröffnung erfolgte am 1. März 1864. In den ersten 10 Monaten wurden 32.300 Personen befördert und an Gütern: 24.075 Tonnen im Eingang und 1.840 Tonnen im Versand.

Im Jahr 1865 bestanden im Bezirk der Handelskammer eine Vielzahl an unterschiedlichen Manufakturen und Fabriken, u.a. 17 Tuchfabriken, 7 Spinnereien, 6 Färbereien, 5 Maschinenfabriken, 5 Eisengießereien, 4 Gerbereien, 1 Handschuhfabrik, 4 Kalkbrennereien, 4 Ziegeleien, 8 Bierbrauereien, ... Sonstige gewerbliche Tätigkeiten waren z.B. 72 Bäcker, 67 Metzger, 71 Gast- und Schankwirtschaften, 2 Photographen, 1 Auktionator, 1 Trödler, ...

1865 befürwortet die Handelskammer die Errichtung einer Fabrikschule für Mädchen, nachdem sie schon in früheren Jahren die Errichtung einer Fabrikschule für Knaben befürwortet hatte. Diese Fabrikschule wurde später mangels Schüler aufgelöst. Auf der Pariser Ausstellung im Jahre 1867, an der sich auch hiesige Firmen beteiligten, wurde der Rheinprovinz von der internationalen Jury die Goldene Medaille nebst Diplom für die Tuchfabrikation verliehen.

1872 siedelt die Handelskammer von der Bergstraße zur Neustraße in das Haus Meurer über. Der seit längerer Zeit erkrankte Sekretär Götte wurde im Oktober 1875 vorläufig durch Johann Schopp ersetzt. 1879 wählte die Kammer einstimmig Wilhelm Schoenen als Sekretär, und 1880 legte Präsident The Losen sein Amt nieder, nachdem er 34 Jahre lang den Vorsitz geführt hatte. An seiner Stelle wird Gustav G. Fremery einstimmig gewählt. Der 1879 gewählte Sekretär Schoenen legt 1882 sein Amt nieder und wird durch Nikolaus Küttingen ersetzt. Zu dieser Zeit zählt die Kammer 122 Beitragspflichtige. Der Beitrag belief sich auf 8 % des Gewerbesteuerbetrages.

Die in den achtziger Jahren in Sachen Eisenbahn unternommenen Schritte finden 1887 ihren krönenden Abschluss mit der Eröffnung der neuen Linie Eupen–Raeren. Auch die Bestrebungen der "Société des Plateaux de Herve" für die Bahnlinie Battice–Dolhain–Eupen–Hook werden 1888 desgleichen durch nachdrückliche Eingaben an den Minister für öffentliche Arbeiten unterstützt. Die Bahn wurde jedoch belgischerseits nur von Dolhain kommend bis Bethane gebaut.

Am 27. Februar 1890 legte Präsident Fremery sein Amt nieder und Robert Wetzlar wurde zum Präsidenten gewählt. In den Jahren 1891–1895 werden wiederum Schritte unternommen für den Bau einer Bahn Dolhain–Eupen, die dann endlich in 1897 dank der unermüdlichen Bemühungen des neuen Präsidenten Wetzlar verwirklicht wurde.

Die 1885 durch die Aachener Handelskammer geförderten Bestrebungen, ihren Kammerbezirk auszudehnen und die Eupener Handelskammer auflösen zu lassen, stießen auf den entschiedenen Protest der hiesigen Kammer. Sie befürchtet u.a., dass die Interessen der kleineren Städte bzw. Ortschaften nicht mehr genügend berücksichtigt werden, und dass ferner die erhebliche Mehrbevölkerung der Stadt Aachen und die bedeutend größere Mitgliederzahl Aachen ständig die Majorität haben würden, was einen direkten Einfluss auf die Zukunft der kleineren Städte hätte, da manche Interessen dieser Ortschaften sehr verschieden und zum Teil vollständig entgegengesetzt sind (Eisenbahn, ...). Die Bestrebungen der Aachener Handelskammer wurden jedoch 1893 endgültig geklärt. Der Königliche Regierungspräsident zu Aachen, Herr von Hartmann, beschloss am 17. Januar 1893 eine anderweitige Abgrenzung der Handelskammerbezirke im Regierungsbezirk Aachen und verfügte nicht nur die Beibehaltung der Eupener Handelskammer, sondern empfahl die Vergrößerung des Bezirks um die Kreise Malmedy und Montjoie.

2.3. DIE PERIODE 1897–1915: HANDELSKAMMER FÜR DIE KREISE EUPEN–MALMEDY–MONTJOIE

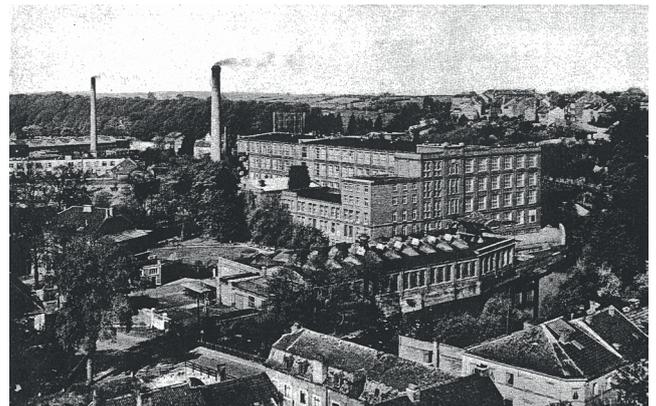
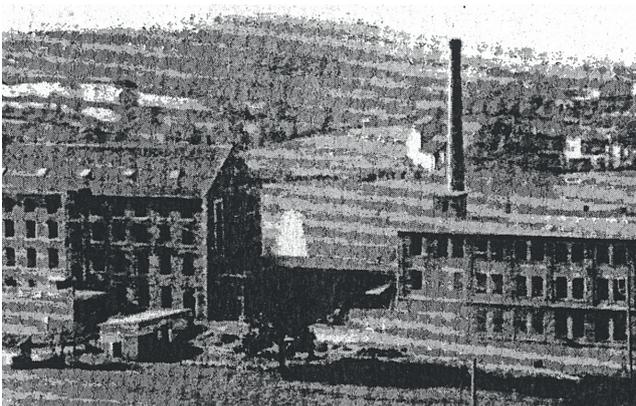
Am 13. Oktober 1897 fanden in den Städten Malmedy und Montjoie Versammlungen statt, durch die einstimmig der Anschluss dieser Kreise an den Eupener Handelskammerbezirk beschlossen wurde. Das Statut zur Regelung der Wahlen der Handelskammer für die Kreise Eupen–Malmedy–Montjoie wurde im selben Jahr aufgestellt und durch den Minister für Handel und Gewerbe in Berlin genehmigt. Die Zahl der Mitglieder des Kammerausschusses wurde auf 15 festgelegt, davon 7 für den Kreis Eupen, 5 für Malmedy und 3 für Montjoie.

Im Rahmen der ersten Sitzung der erweiterten Handelskammer am 13. April 1898 wurde Geheimrat Robert Wetzlar als Präsident wiedergewählt. Als Vorsitzende für die Bezirke Malmedy und Montjoie wurden G. Lang und B. Scheibler gewählt. Die Kammer tagte nunmehr für die Folge im Verwaltungsgebäude des Landrats zu Eupen.

Die zahlreichen Eingaben und Schriften, die in den neunziger Jahren und in den ersten 10 Jahren nach der Jahrhundertwende von der Kammer in Sachen Eisenbahnverbindungen gemacht wurden, geben Zeugnis von der äußerst rührigen Tätigkeit der Kammer in dieser für die Wirtschaft der Kreise Eupen–Malmedy–Montjoie lebenswichtigen Frage.

1906 wurde die Aktiengesellschaft Kammgarnwerke gegründet, deren Fabrikgebäude in den Jahren 1907 und 1908 gebaut wurden. Im Jahr 1909 wird die auf Leitungsdrahtfabrikation spezialisierte Firma "Kabel- und Gummiwerke Eupen GmbH" gegründet. Bereits 25 Jahre vor der allmählichen Elektrifizierung und Stromversorgung in Eupen wurden in diesem Unternehmen Kabel hergestellt. Anfang des 20. Jahrhundert entwickelt sich Eupen als Luftkurort und weist einen von Jahr zu Jahr ansteigenden Fremdenverkehr auf. Aus diesem Grunde werden auch Eingaben über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe gemacht und weitgehende Vergünstigungen erbeten. 1912 starb der nimmermüde und schaffensfrohe Präsident der Kammer, Herr R. Wetzlar. Nachfolger wurde Herr Kommerzienrat Alfred Peters.

Durch den Tod des Präsidenten Wetzlar, der bisher den größten Teil der Kammergeschäfte selbst besorgte und hierfür erhebliche finanzielle Opfer brachte, wurde 1913 wiederum die Frage des freiwilligen Anschlusses an die Aachener Handelskammer in Erwägung gezogen. Trotz der großzügigen Vorschläge der Handelskammer Aachen erklärten sich die Mitglieder jedoch im Juli 1913 gegen die Preisgabe der bisherigen Selbständigkeit. Würde die Kammer einmal aufgehoben, so wäre an die nochmalige Errichtung einer derartigen Vertretung nicht mehr zu denken, zumal zu diesem Zeitpunkt der Anschluss des ganzen Kreises Schleiden in Aussicht stand.



2.4. DIE PERIODE 1915–1919: HANDELSKAMMER FÜR DIE KREISE EUPEN–MALMEDY–MONTJOIE UND SCHLEIDEN

Es wurden nun sofort Verhandlungen mit dem Kreis Schleiden aufgenommen und der zuständige Handelsminister in Berlin gab 1915 sein Einverständnis. Die Handelskammer nannte sich nunmehr Handelskammer für die Kreise Eupen–Malmedy–Montjoie und Schleiden. Auf Grund dieses Anschlusses wurde am 15. Mai 1914 ein neues Statut zur Regelung der Wahlen der Handelskammer aufgestellt. Die Zahl der Mitglieder wurde hierdurch von 15 auf 20 erhöht, davon 7 für den Kreis Eupen, 5 für Malmedy, 3 für Montjoie und 5 für Schleiden. Das neue Statut wurde am 15. März 1915 durch den Minister für Handel und Gewerbe in Berlin genehmigt. Die Handelskammer zählt nunmehr 186 Beitragspflichtige.

Gelegentlich einer Sitzung der Kammer im Januar 1914 wies man schon auf die missliche Lage hin, in die unsere Textilindustrie im Falle eines Krieges geraten würde; es solle daher angeregt werden, Uniformen auch aus Kammgarn herzustellen. Bei Ausbruch der Feindseligkeiten wurden die Unternehmen unseres dicht an der Grenze gelegenen Bezirks besonders in Mitleidenschaft gezogen. Eine Zeitlang stockte Handel und Wandel und ständig war die Kammer in dieser Zeit bemüht, die Interessen der durch die Kriegsverhältnisse Betroffenen wahrzunehmen und durch Interventionen bei Zivil- und Militärbehörden Erleichterungen der kriegsbedingten Maßnahmen für Handel, Industrie und Verkehr zu erwirken. Insbesondere die Textil-industrie klagte in dieser Zeit über unzureichende Aufträge. Dagegen waren die Munitionsfabriken, die Holzbearbeitungsbetriebe sowie die Kabel- und Gummiwerke voll beschäftigt.

Am 20. Januar 1916 fand die erste Sitzung mit den neu beigetretenen Mitgliedern aus dem Kreis Schleiden statt. Durch die Ausdehnung des Kammerbereichs, besonders aber durch die Kriegswirtschaft, erweiterte sich der Aufgabenbereich der Kammer erheblich, so dass der bisherige Sekretär Küttingen, der dieses Amt nebenberuflich ausübte, 1917 als Beamter angestellt wurde. In der Folge hielt die Kammer nicht mehr ihre bis dahin regelmäßigen Sitzungen ab, da die Vertreter der Kreise Malmedy, Montjoie und Schleiden unter den damaligen Umständen nur schwerlich an den Sitzungen teilnehmen konnten.

3. Teil 3: Die Zeit von 1919 bis 1944

3.1. DIE PERIODE 1919–1922: DIE ÜBERGANGSZEIT

Die kritische Übergangsphase ab 1918 vom Waffenstillstand bis zum Friedensschluss war für die hiesigen Gebiete eine trübe Epoche. Bekanntlich besetzten die Alliierten bei Kriegsende Deutschland bis zum linken Rheinufer und nahmen gleichzeitig die Überwachung der Neuregelung des gesamten Personen- und Warenverkehrs, sowohl mit dem unbesetzten Deutschland als auch mit dem Ausland in die Hand. Die hierbei verordneten Einschränkungen verursachten der Industrie und dem Handel Hemmnisse und Schwierigkeiten mannigfachster Art. Die Handelskammer machte es sich zur Aufgabe, aufklärend bei den zahllosen in das Wirtschaftsleben tief einschneidende Bestimmungen zu wirken und den betroffenen Firmen bei der Durchführung der vielen neuen Vorschriften nach Kräften behilflich zu sein.

Bereits 1919 vereinbarte die Eupener Handelskammer mit der Aachener Kammer, dass diese wegen der vorliegenden Situation und für die Dauer eines zeitlich begrenzten Provisoriums die Wahrnehmung der gewerblichen Interessen der Kreise Montjoie und Schleiden übernehmen sollte. Dieser provisorische Anschluss wurde später durch das Inkrafttreten des Friedensvertrages im Januar 1920 endgültig, so dass die Eupener Kammer fast die Hälfte ihrer Mitglieder verlor und nur noch mehr für die Kreise Eupen–Malmedy zuständig war.

Schon im Herbst 1919 wurden in den an Belgien abgetretenen Gebiete Eupen und Malmedy Befürchtungen laut, dass eine plötzliche Verlegung der Zollgrenze an den östlichen Rand dieser Kreise stattfinden und deren Wareneinfuhr und -ausfuhr von und nach Deutschland der Verzollung unterworfen werde. Darüber hinaus bestanden deutsche Ein- und Ausfuhrverbote. Die Handelskammer nahm diese Befürchtung zum Anlass, in einer an den Oberbefehlshaber der Besatzungsarmee der IV. Zone, General Michel, gerichtete Eingabe, die ernstesten Bedenken gegen eine derartige Maßnahme geltend machen.

Auf diese Eingabe hin führte eine Abordnung der Eupener Handelskammer am 13. Juni 1919 in der Kommandatur der Rheinischen Besatzungsarmee zu Aachen eine Besprechung mit dem Präsidenten der Wirtschaftsabteilung der belgischen Besatzungsarmee Gueffens, um gemeinsam die Lage und die Bedürfnisse der Industrie der Kreise Eupen und Malmedy zu besprechen und über die zu ihrer Besserung erforderlichen Maßnahmen zu beraten. Die Hoffnung, den bestehenden Zustand zumindest als Provisorium während einer zu bestimmenden Übergangszeit beibehalten zu können, wurden am 10. Januar 1920 sofort und endgültig durch Inkrafttreten des Friedensvertrages beendet. Die Kreise Eupen und Malmedy wurden von deutscher Seite als "Ausland" angesehen und unverzüglich erfolgte die Verlegung der Zollstationen an die Peripherie der Kreise. Die Handelskammer beschloss nunmehr, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die plötzliche Maßnahme zu intervenieren. Sie wandte sich an den jetzt für die hiesigen Gebiete zuständigen Kommissar, General Baltia. Zu Beginn brachten weder die deutschen noch die belgischen Stellen Verständnis für die prekäre Lage auf. Nach wiederholten Eingaben und Schritten wurden Anfang April 1920 beschlossen, dass durch einfache Bescheinigung der Handelskammer die Industrie vorübergehend von der beschwerlichen Beschaffung der Ein- und Ausfuhrbewilligungen entbunden wurden. Ein weiterer Teilerfolg war im Mai 1920 die Aufhebung der belgischen Einfuhrverbote. Die Abwicklung der Geldumwechslung Mark-Franken im Jahre 1920 benachteiligte aufs schwerste die hiesige Industrie und führte zu weiteren Eingaben und Interventionen seitens der Kammer.

Am 21. Juli 1920 wurde in der äußerst wichtigen Angelegenheit der geforderten Zollfreiheit eine außerordentlicher Erfolg erzielt, als der Reichsminister für Finanzen die Landesfinanzämter ermächtigte, Erzeugnisse, die in den Kreisen Eupen und Malmedy hergestellt wurden, von Deutschland zollfrei zuzulassen, wenn Rohstoffe von dort verwendet worden waren. Weitere bedeutende Erleichterungen konnten u.a. bei der Neuordnung des deutschen Zollwesens erreicht werden.

Eine neue Beunruhigung entstand im November 1921, als das Hohe Gouvernement in Malmedy versuchte, der Handelskammer ihren amtlichen Charakter zu nehmen. Diese erste Maßnahme entbehrte einer rechtlichen Grundlage, da das preußische Gesetz vom 24.02.1870 und 19.08.1897 über die Handelskammern zu diesem Zeitpunkt noch Gültigkeit hatte. Aufgrund eines Dekrets vom 18. April 1922 durch den Gouverneur für Eupen-Malmedy, Generalleutnant Baron Baltia, sollte jenes Gesetz für unsere Gebiete außer Kraft gesetzt werden und die Kammer gänzlich aufgehoben werden. Dieses Vorgehen begegnete jedoch einem lebhaften Widerstand in industriellen und gewerblichen Kreisen, weil das für das gesamte wirtschaftliche Leben unseres Bezirks so erfolgreiche Wirken dieser Einrichtung bei den deutschen Behörden lahmgelegt würde. Dem Gouvernement blieb die missbilligende Aufnahme des Dekretes nicht unbekannt.

Die Papierfabrik Steinbach und Cie. gehörte zu den wirtschaftlichen Eckpfeilern der Stadt Malmedy. Sie erlebte durch den Anschluss Malmedys an das Schienennetz im Jahr 1888 einen bedeutenden Aufschwung und wurde im Zweiten Weltkrieg stark in Mitleidenschaft gezogen.

3.2. DIE PERIODE 1922-1940: DIE HANDELSKAMMER WIRD FREIE FACHVEREINIGUNG

Sofort bei Bekanntgabe des Dekrets wurde die Handelskammer beim Hohen Kommissar vorstellig zur Umbildung der Kammer in eine freie Fachvereinigung. Gemeinsam mit dem Abteilung für Wirtschaft des Hohen Gouvernement in Malmedy wurden neue Satzungen aufgestellt, die in der Gründungsversammlung vom 21. August 1922 angenommen wurden. Die freie Fachvereinigung, die bei ihrer Gründung aus 114 Mitgliedern bestand, wird von einem neunköpfigen Ausschuss unter der Präsidentschaft von Kommerzienrat Alfred Peters verwaltet.

Die Grenzzollbehörden zogen aus dieser Umwandlung die Schlussfolgerung, dass mit dem "Verschwinden" der Handelskammer nach preußischem Gesetz nun auch die Ausnutzung der Zollvergünstigungen und die Ein- und Ausfuhrerleichterungen ein Ende nehmen würden. Die Kammer unternahm sofort Schritte, um die Beamten davon zu überzeugen, dass die Kammer in ihrer früheren Wirksamkeit bestehen bleibe. Die maßgeblichen Stellen gaben sich mit dieser Richtigstellung zufrieden, und die von der Kammer ausgestellten Bescheinigungen wurden auch weiterhin anerkannt. 1923 erfuhren die bestehenden Erleichterungen eine weitere Ausdehnung, insofern als alle Erzeugnisse der beiden Kreise sogar bewilligungsfrei und zollfrei nach Deutschland eingeführt werden durften. Als Ausweis genügte ein Ursprungszeugnis der Handelskammer zu Eupen.

Nach der Ruhrbesetzung wurde das von der "Haute Commission des Territoires Rhénans" eingerichtete Ausfuhramt in Ems aufgrund des Londoner Mächte-Abkommens mit dem 21. September 1924 aufgelöst, und alle den beiden Kreisen im Verkehr mit dem besetzten Gebiete gewährten Vergünstigungen sollten ein Ende haben. Nach Intervention der Kammer wurde eine Zwischenlösung gefunden, indem die Handelskammer einen Bevollmächtigten in Berlin bestellte, der nunmehr die Ein- und Ausfuhrgenehmigungen für Eupen-Malmedy nach den Anweisungen der Behörden und der Kammer vermittelte. Am 3. April 1925 wurde durch das belgisch-deutsche Wirtschaftsabkommen die beiderseitigen Ein- und Ausfuhrverbote aufgehoben, ohne Sonderbestimmungen für Eupen-Malmedy vorzusehen. Am 1. Juni 1925 wurde das Hohe Gouvernement von Eupen-Malmedy aufgehoben. Hiermit endete das Sonderregime des Herrn Baltia, und am 1. Januar 1926 bzw. am 1. Januar 1927 wurde die belgische Gesetzgebung in den Kantonen Eupen und Malmedy eingesetzt.

Im Oktober 1926 tritt Herr Kommerzienrat Alfred Peters als Präsident zurück. Nachfolger wird Theodor Pohl. Zum Vize-Präsidenten wird Carl Bourseaux gewählt. Im Mai 1929 tritt Nikolaus Küttingen, Geschäftsführer, in den Ruhestand nach fast 47 Jahre der Tätigkeit bei der IHK. Durch sein zielbewusstes und diplomatisches Geschick bewahrte er die beiden Kreise nach dem ersten Weltkrieg vor einer wirtschaftlichen Katastrophe. 5 Jahre Zollfreiheit, wie sie für Elsaß-Lothringen im Friedensvertrag vorgesehen waren, während sie für Eupen-Malmedy vergessen wurde, hat die Region in erster Linie Herrn Küttingen zu verdanken. Zum Nachfolger des ausscheidenden Geschäftsführers wurde der Kaufmann Alfred Jerusalem gewählt.

Am 12. Dezember 1929 werden neue Satzungen werden durch eine außerordentliche Generalversammlung genehmigt. Der neue Name der Handelskammer lautet: Industrie- und Handelskammer zu Eupen, umfassend die Kantone Eupen-Malmedy-St. Vith. Die Zahl der Ausschussmitglieder wird von 9 auf 12 erhöht: 7 für den Kanton Eupen, 3 für Malmedy und 2 für St. Vith. In dieser Sitzung legt Direktor Pohl, wegen Verlegung des Wohnsitzes, das Amt des Präsidenten nieder. Als neuer Präsident wird Herr Josef Jeuckens gewählt. 1930 schließt sich die Eupener Handelskammer dem Landesverband der Industrie- und Handelskammern an.

In den Jahren 1932-1935 beeinflussten die wirtschaftliche Schwierigkeiten auf dem Weltmarkt alle Zweige der Industrie, des Handels und des Gewerbes unseres Kammerbezirkes. Ein nicht unansehnlicher Teil der Erzeugnisse fand noch in Deutschland einen Absatz, obwohl er sich durch die Lohnanpassungen in Belgien schwieriger gestaltete. Der Warenverkehr mit Deutschland wickelte sich seit 1935 aufgrund von Devisenkontingenten ab, welche der einheimischen Industrie vom Deutschen Reich von Vierteljahr zu Vierteljahr zugestanden wurden. Obwohl die Textil- und die Lederindustrie besonders stark zu leiden hatten, brachten die Jahre 1935-1940 eine Aufwärtsentwicklung. Seit dem Anschluss an Belgien entwickelten sich neue Industriezweige: der Groß- und Einzelhandel sowie das Baugewerbe, wie beispielsweise in Eupen durch den Bau der Wesertalsperre, erlebten einen bis dahin nicht gekannten Aufschwung.



EUPENER BIER-BRAUEREI A.G. EUPEN (BELGIEN)

3.3. DIE PERIODE 1940–1944: DIE HANDELSKAMMER WIRD AACHENER ZWEIGSTELLE

Mit dem deutschen Einmarsch in Belgien am 10. Mai 1940 wurde auch unser Gebiet zum Kriegsschauplatz. Während der ersten Wochen lagen Industrie und Handel völlig brach. Durch Erlass vom 18. Mai 1940 wurden die Gebiete Eupen, Malmedy und Moresnet wieder Bestandteile des Deutschen Reiches. Von nun an überstürzten sich die Ereignisse auf politischem und besonders auf wirtschaftlichem Gebiete, auch für die Eupener Handelskammer.

Die Grenzen wurden vorverlegt und äußerst streng bewacht. Wenige Monate später richtete sich die belgische Zollbehörde jenseits der neuen Grenzräume ein und begann nunmehr Einfuhrzölle auf hiesige Produkte zu erheben. Am 6. Juni 1940 erschien die Verordnung über die Einführung der Reichsmark, also die zweite Geldumwechslung innerhalb zwanzig Jahren. Da man nicht mit der Kaufkraft des belgischen Frankens nicht Rechnung getragen und diese um 1/5 unterschätzt hatte, brachte die Umwechslung nicht nur 1940 einen mehr als 20-prozentigen Verlust, sondern auch 1944, als man sich auf die Umwechslung von 1940 stützte.

Durch den Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 19. Juni 1940 wurden nunmehr die "Kreise" Eupen-Malmedy der Betreuung der Industrie- und Handelskammer für den Regierungsbezirk Aachen bzw. der Handwerkskammer Aachen, je nach Maßgabe der Zuständigkeit, unterstellt. Die Handelskammer zu Eupen wurde eine Zweigstelle der Handelskammer Aachen.

Mit der Einführung der deutschen Gesetzgebung am 1. September 1940 wurde ebenfalls das Aktiengesetz eingeführt. Alle Gesellschaften wurden aufgrund eines Dekretes in deutsche Gesellschaften umgewandelt. Am 20. April 1942 erschien die erste Verordnung über eine Vereinheitlichung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft. Durch eine weitere Verordnung wurden 41 deutsche Industrie- und Handelskammern mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Es wurden jetzt Gauwirtschaftskammern und Wirtschaftskammern eingerichtet, denen auch die Industrie- und Handelskammer Aachen zum Opfer fiel. Am 1. Januar 1943 gingen die Rechte und Pflichten der früheren Handelskammern auf die Wirtschaftskammern über. Das in Eupen bestehende Sekretariat der früheren Handelskammer blieb lokale Anlaufstelle für die Wirtschaftskammer Aachen bestehen und bemühte sich, die früheren wirtschaftlichen Beziehungen mit dem seit 1940 als "Ausland" bezeichneten besetzten Belgien aufrecht zu erhalten.

Die alliierten Truppen befreiten 1944 in kürzester Zeit Belgien und erreichten Eupen am 11. September 1944. Hiermit nahm die 4 Jahre lang andauernde einseitige Annektion ein Ende. Kaum waren jedoch die hiesigen Gebiete ohne allzu große Kriegsschäden befreit, als am 16. Dezember 1944 die Rundstedt-Offensive, besonders über die Kantone Malmedy-St. Vith, hereinbrach. St. Vith wurde vollständig und Malmedy teilweise zerstört. Durch die Zerstörung der Reparaturwerkstatt der Eisenbahn Sankt Vith, die zeitweilig über 1.000 Personen aus Sankt Vith und seinem geographischen Umfeld beschäftigte, war das wirtschaftliche Schicksal des südlichen Kammerbezirkes für Jahrzehnte besiegelt.

4. Teil 4: Die Zeit von 1944 bis 1975

4.1. DIE PERIODE 1944–1960: DIE NACHKRIEGSZEIT

Die amerikanischen Truppen belegten fast alle größeren Fabrikunternehmen, so dass hierdurch eine Stilllegung der Fabriken, Fortschaffung der vorhandenen Roh-, halbfertigen und fertigen Waren und eine beträchtliche Arbeitslosigkeit unter der werktätigen Bevölkerung heraufbeschworen wurde. Der legale Handel stockte, und der Schwarz- und Tauschhandel nahm nie gekannte Ausmaße an. Es galt nunmehr, die Wirtschaft neu zu beleben und wieder mehr oder weniger geordnete Verhältnisse in den als Frontgebiet angesehenen Kantonen zu schaffen.

Die Handelskammer nahm im September 1944 erneut ihre Tätigkeit auf und versuchte anlässlich der Geldumwechslung die maßgebenden Stellen objektiv über die augenblickliche Lage und die Anwendung und Auswirkungen der Geldumwechslung von 1940 aufzuklären. Trotz aller Schwierigkeiten konnte die Kammer im Dezember 1944 wieder ihre Beziehungen zum Verband der belgischen Handelskammern aufnehmen. Anfang 1945 teilte sie den übrigen belgischen Handelskammern mit, dass die Eupener Kammer wieder ihre Tätigkeit aufgenommen habe. Der Ausschuss der Kammer wurde präsiert durch Josef Jeuckens, Vize-Präsident war Carl Bourseaux. Bis zum Ende des Krieges im Mai 1945 war die Tätigkeit der Kammer nur beschränkt, da die meisten Unternehmen die Arbeit noch nicht aufgenommen hatten. Eine Aufstellung dieser Zeit ergibt, dass am 1. April 1945 von annähernd 40 Unternehmen mit rund 4.500 Beschäftigten (Mai 1940) nur 2 kleinere mit 100 Arbeitnehmern beschäftigt waren.

Nach und nach konnten jedoch die Betriebe, die wegen der monatelangen Benutzung der Fabrikhallen durch amerikanische Heerestruppen und des lange anhaltenden Brennstoff- und Rohmaterialmangels aufgrund der Beschlagnahmung durch das Militär nicht arbeiten konnten, wieder angestoßen werden. Es herrschte aber trotz der zahlreichen Arbeitslosen ein großer Arbeitermangel, da nur derjenige in den Eupener Unternehmen eingestellt werden konnte, der bürgerlich bzw. im Besitz eines besonderen Zivilstatuszeugnisses war. Um den Handel, das Gewerbe, überhaupt die gesamte Bevölkerung über die nunmehr in Kraft befindliche Gesetzgebung und deren Bestimmungen zu unterrichten, richtete die Kammer im Juni 1945 einen kostenlosen Auskunftsdienst ein, der sich nicht nur mit wirtschaftlichen Fragen, sondern auch mit sozialen und anderen Fragen befasste.

1946 brachte den hiesigen Gebieten neue Verfügungen über die Umwechslung der seit November 1944 hinterlegten bzw. gesperrten Markbeträge. Der Umtausch zu den vorgeschriebenen Sätzen kam einer Katastrophe gleich und stellte eine Vermögensreduzierung ungeahnten Umfangs dar. Diese Situation beeinträchtigte zweifellos arg die Industrie und den Handel in Leistungskraft und Unternehmerinitiative und schwächte deren finanzielle Widerstandsfähigkeit. In dieser Zeit kam es zu vielen traurigen Wirtschaftsprozessen, in denen verschiedene Eupener Firmen zu horrenden Geldstrafen verurteilt wurden, da man im Landesinneren nicht verstanden hatte, dass unsere Kantone während des Krieges nicht nur besetzt waren, sondern dass sie von Deutschland annektiert und die deutschen Kriegsgesetze hier strengstens angewandt wurden.

Ab September 1946 stellt die Kammer wieder Ursprungszeugnisse aus. Ab 1947 konnte die Industrie und der Handel im Kammerbezirk ihren Absatz auf dem Inlandsmarkt merklich steigern. Der Absatz im Ausland erreichte dagegen bei weitem noch nicht den Vorkriegsumfang. Die Handelskammer war ständig bemüht, Erleichterungen und Warenaustauschmöglichkeiten mit Deutschland herbeizuführen, da Deutschland jahrzehntelang eines der besten Kundenländer unserer Gebiete war.

Am 21. Oktober 1947 legte Herr J. Jeuckens sein Präsidentenamt nieder und als Nachfolger wurde Herr Freddy Küchenberg gewählt. Der Ausschuss wurde durch Neuwahlen wieder vervollständigt.

Das Jahr 1948 brachte die Währungsreform in Deutschland, wodurch die vor und während des Krieges entstandenen und jetzt blockierten Guthaben um mehr als das Zehnfache gekürzt wurden, so dass die hiesige Bevölkerung und Unternehmen wieder arg in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Handelskammer macht auch in dieser Nachkriegszeit zahlreiche Eingaben, sei es anlässlich des Gesetzesentwurfes über die Rechtsangleichung in den Gebieten Eupen-Malmedy-St. Vith, um u.a. die Rechtslage der hiesigen Aktiengesellschaften zu schildern, anlässlich der Vorbesprechungen zum neuen Handelsabkommen mit Deutschland oder in Sachen außerordentliche Steuer, gesperrte Guthaben in Deutschland, belgische Sinistrierte in Deutschland, ... Die Kammer führt regelmäßige Gespräche mit dem für die hiesigen Gebiete zuständigen Attaché beim Premier Minister und erreicht somit gewisse Erleichterungen und Rücksichtsmaßnahmen.

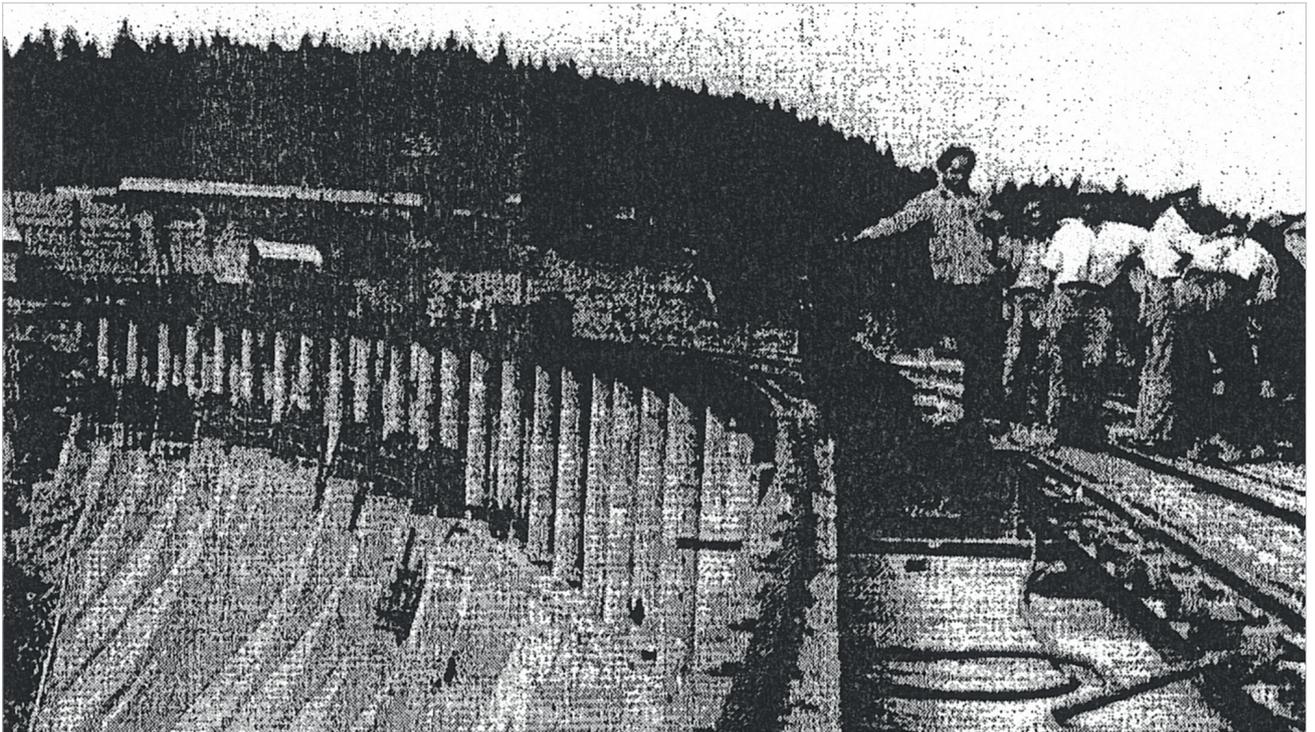
Der mehr als 30 Jahre lang tätige Sekretär Alfred Jerusalem wird aus Krankheitsgründen durch den beigeordneten Sekretär Alfred Koch ersetzt, der nach dem Tode des Herrn Jerusalem (8. November 1950) zu dessen Nachfolger bestimmt wird.

Ende 1950 wurde der seit Jahren erwartete Gesetzesvorschlag hinsichtlich der Sequester und der Liquidation deutscher Güter, Rechte und Interessen endlich bekannt. Der Gesetzesvorschlag sah einen ungünstigen Umrechnungskurs BEF/Mark vor. Durch zahlreiche Eingaben der Kammer und mit der Unterstützung der Parlamentarier des Bezirkes Verviers ein Sonderkurs und sonstige Vergünstigungen erreicht, die in etwa den bisher erlittenen Verlusten Rechnung trugen.

Am 9. Februar 1950 wurde die fertiggestellte Wesertalsperre feierlich eingeweiht. Eine fast unerschöpfliche Wasserreserve ermöglichte damit das Ansiedeln von Industrien aller Art. Der Wiederaufbau der völlig zerstörte Stadt Sankt Vith bietet Anfang der 50er Jahren im Bausektor vielen arbeitslosen Mitarbeitern der Eisenbahnreparaturstätte eine zeitweilige Arbeit. Im Jahresbericht der Kammer von 1952 wird die Frage aufgeworfen, was geschieht, wenn der Wiederaufbau vollendet ist und die z.Zt. Beschäftigten keine Arbeit mehr finden. Eine weitere in dieser Periode diskutierte Angelegenheit betrifft die öffentlichen Verkehrsmittel, insbesondere der Einsatz in den Kantonen Sankt Vith und Malmedy von Autobussen anstelle der vor dem Kriege fahrenden Dampfzüge.

Für das Jahr 1954 war eine bedeutende Feier bezüglich des 150-jährigen Bestehens der Kammer vorgesehen. Eine umfangreiche Fest- und Werbeschrift wurde erstellt und in Verteilung gebracht. Leider konnten die anderen Veranstaltungen, die für die Feier vorgesehen waren, auf Grund der durch den sogenannten Schulkampf heraufbeschworenen politischen Unruhen nicht stattfinden. Im Bericht über das Geschäftsjahr 1955 ist zu lesen: "Jedenfalls wird diese der Kammer aufgezwungene Absage als eine der unangenehmsten Enttäuschungen, welche die Kammer jemals erlebt, in die Anale der Kammer eingehen".

Ende der 50er Jahre macht sich das Abflauen der Hochkonjunktur auch bei den Unternehmen des Kammerbezirkes bemerkbar, wobei festzuhalten ist, dass gewisse Industriezweige, wie die Textilindustrie oder die metallverarbeitenden Unternehmen u.a. wegen des Metallarbeiterstreiks, sich in einer derart schlechten Lage befinden, die man schon als Krise bezeichnen dürfte. Das Jahr 1958 stand zweifellos unter dem Eindruck der römischen Verträge über den Gemeinsamen Europäischen Markt (Unterzeichnung am 25. März 1957), die am 1. Januar 1958 in Kraft traten. Die Kammer nahm an verschiedenen wirtschaftsbezogenen Veranstaltungen in Brüssel anlässlich der Weltausstellung 1958 teil.



Am 9. Februar 1950 wurde die Wesertalsperre feierlich eingeweiht. Man erhoffte sich durch diese fast unerschöpfliche Wasserreserve das Ansiedeln von Industrien aller Art.

4.2. PERIODE 1961-1968: UMWANDLUNG IN EINE GOE

Am 17. Januar 1961 wird die freie industrielle und kaufmännische Vereinigung "Industrie- und Handelskammer zu Eupen" in eine Gesellschaft ohne Erwerbszweck umgewandelt. Hauptgrund dieser Umwandlung ist dem Protokoll der Sitzung des Ausschusses vom 15. Juni 1959 zu entnehmen, in dem zu lesen ist: "... erklärt der Präsident, man habe sich in Brüsseler Kreisen des Öfteren darüber gewundert, dass die IHK Eupen keine GoE sei, obschon dies eine der Grundbedingungen sei, um im Auftrage des Wirtschaftsministeriums Ursprungszeugnisse auszustellen. Im Übrigen dürfte wohl die IHK Eupen die einzige offizielle Handelskammer Belgiens sein, die nicht eine GoE ist.

Am 17. Januar 1961 findet die Auflösungs- bzw. Umbildungsversammlung der IHK statt. Herr F. Küchenberg beginnt seine Ansprache an die Mitgliederversammlung wie folgt: "Meine Herren, die IHK zu Eupen, umfassend die Kantone Eupen-Malmedy-St. Vith, tritt heute zum letzten Male in der Form zusammen, die sie im Jahre 1922 durch General Baltia erhalten hatte, ...". Der bisherige Vizepräsident, Herr Carl Bourseaux, verzichtet aus Gesundheitsgründen auf die Fortführung seines Mandates. Die Anzahl Mitglieder beläuft sich im Jahr 1961 auf rund 60 Firmen. Im Jahr 1962 nimmt Herr Koch, Geschäftsführer der IHK, erstmalig an den Sitzungen der Geschäftsführer der Kammern des Dreiländerecks teil.

Die wirtschaftliche Lage Beginn der 60er Jahre ist für die meisten Unternehmen des Kammerbezirkes, zufriedenstellend bis gut. Es herrscht ein Mangel an Arbeitskräften vor, besonders an qualifizierten Arbeitern und an weiblichen Arbeitskräften, der besonders durch die Nachfrage aus dem Aachener und Vervierser Raum sowie ab 1963 auch noch der Unternehmen, die z.Zt. mit dem Bau der Autobahn beschäftigt sind, gefördert wird. Am 6. November 1964 findet in Gegenwart S.M. des Königs Balduin und des Bundespräsident Heinrich Lübke die Eröffnung der Autobahn Antwerpen-Lüttich-Aachen statt, wodurch Belgien an das deutsche Autobahnnetz angeschlossen und die Ostkantone Direktverbindungen nach Westen und Osten erhielt. Ende November 1964 wird, nach 45jähriger Unterbrechung, die durchgehende Autobusverbindung Eupen-Aachen eröffnet.

Ende 1965 verlegt die IHK ihre Geschäftsräume von Neustraße 34 nach Neustraße 32 und richtet sich den aktuellen Notwendigkeiten entsprechend neu ein. Infolge einer grundlegenden Abänderung der belgischen Arbeitsschutzgesetzgebung gründen die IHKs und Arbeitgeberverbände des Bezirkes Verviers im Jahr 1967 den zwischenbetrieblichen Gesundheitsdienst SMIDEB.

Die belgische Wirtschaft befindet sich Mitte der 60er Jahre in einer Periode von Spannungen, die sich besonders durch eine beschleunigte Steigerung der Preise, Löhne und Zinssätze kennzeichnete. Eine Berechnung der Kammer zufolge stiegen zwischen 1960 und Ende 1966 die Lohnkosten um 89,65 % und führten, bei fast gleichbleibenden Verkaufspreisen und trotz Produktivitätssteigerungen, zu bedeutenden Rentabilitätsverlusten. Im Jahr 1966 war es insbesondere die Textilindustrie, die unter den wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf nationaler und internationaler Ebene zu leiden hat. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, dass "die Zukunftsaussichten für die hiesige Textilindustrie demnach z. Zt. besorgniserregend sind".

4.3. PERIODE 1968–1975: NEUE FÜHRUNG, SCHWIERIGE WIRTSCHAFTSLAGE

In der Ausschusssitzung vom 30.01.1968 erklärt Herr Freddy Küchenberg, dass er nach 21 Jahren Präsidentschaft das Amt niederlegen möchte. Nachfolger wird Herr Alfred Bourseaux. Das Jahr 1968 ist durch eine allgemeine Wirtschaftsbelebung gekennzeichnet. Die Anzahl Mitgliedsfirmen beläuft sich Ende 1968 auf 57 Unternehmen. Am 4. Februar 1969 verstirbt unerwartet der langjährige Geschäftsführer, Herr Alfred Koch. Als Nachfolger wird Herr Josef Bernrath zum 1. August 1969 eingestellt. Somit beginnt eine neue Ära der Kammer, da neben dem seit einem Jahr tätigen neuen Präsidenten, Herrn Alfred Bourseaux, mit Herrn Bernrath ein neuer Geschäftsführer fungiert.

Die wirtschaftliche Lage Ende der 60er und Beginn der 70er ist im Kammerbezirk, besonders im Kanton Eupen, von "einer Welle der Hochkonjunktur" gekennzeichnet. Wachstumsraten sind fast in allen Bereichen der Wirtschaft zu verzeichnen, wodurch der Arbeitsmarkt stark angespannt ist. Diese positive Lage verdeckt jedoch gewisse Schwierigkeiten, mit denen insbesondere die Industrie konfrontiert ist: überdurchschnittlicher Anstieg der Personalkosten, erhöhte Steuerlasten, Personalmangel, Abwanderung hiesiger Arbeitskräfte, Absinken der Rentabilität, Konkurrenzdruck auf dem In- und Auslandsmarkt. Ende 1972 zählt die Kammer erstmalig 100 Mitglieder.

Trotz anhaltender steigender Preistendenz im gesamten europäischen Raum und trotz der gegen Ende 1973 auftretenden Versorgungsschwierigkeiten mit Treib- und Brennstoffen (erste Ölkrise), verbunden mit erheblichen Preiserhöhungen blieb der Kammerbezirk, bis auf die Schließung einer in 1969 gegründeten Konfektionsfirma mit 100 Beschäftigten in Sankt Vith, von wirtschaftlichen Rückschlägen verschont. Das Jahr 1974 bringt eine weitere Zuspitzung der Entwicklung der Verbraucherpreise und damit verbunden ein überdurchschnittlich bedeutende Steigerung der Personalkosten, womit eine nicht mehr zu kontrollierende Kostenpreisspirale in Gange gesetzt wird. Die Auswirkungen der einsetzenden Rezession führen zu einem Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Viele ostbelgische Betriebe versuchen über verstärkte Kurzarbeit, möglichst von Entlassungen abzusehen.

5. Teil 5: Die Zeit von 1976 bis heute

5.1. PERIODE 1976–1986: NEUES GEBÄUDE, 175JÄHRIGES JUBILÄUM, STANDORTWERBUNG

Nach einer sich über 2 Jahre erstreckenden Plan- und Bauphase zieht die Kammer am 6. August 1976 im Erdgeschoss des neu errichtenden Appartementhauses "Residenz Reinartzhof" an der Ecke Herbesthaler/Vervierser Strasse (Standort des ehemaligen alten Bahnhofs) ein. "Erstmalig nach 172 Jahren ihres Bestehens hat die Kammer eigene Räume bezogen. Zentrale Lage, gute Planung und solide Ausstattung sichern einen funktionellen Arbeitsablauf verbunden mit einer bescheidenen und notwendigen Repräsentation. Die Kammer kann stolz auf das Erreichte blicken" (Auszug aus dem Geschäftsbericht des Jahres 1976).

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf internationalen und innerbelgischer Ebene setzen sich 1976 fort. Die Verschiedenartigkeit der im Kammerbezirk tätigen Industriezweige trägt wesentlich zur Milderung der Probleme bei. Trotz der zufriedenstellenden Situation ist ein ständiger Anstieg der Arbeitslosigkeit zu beobachten. In den Zeiten der Hochkonjunktur hat besonders unser Kammerbezirk aus seiner Grenzlage heraus viele Arbeitskräfte, insbesondere zu Deutschland hin, abgeben und sich durch andere Arbeitskräfte – teils Gastarbeiter aus den Südländern – verstärken müssen. Bei Arbeitsplatzverlust der Grenzgänger ist unser Bezirk jedoch nicht in der Lage, diese Arbeitskräfte aufzunehmen. 1978 verliert der Kammerbezirk durch das große Brandunglück in der Spinnerei Peltzer/Eupen eine bedeutende Textilfirma und 150 Personen ihren Arbeitsplatz. 1979 und in den Folgejahren sind gekennzeichnet durch einen bedeutend steigenden Diskontsatz der Nationalbank, wodurch, neben dem allgemeinen Kostendruck, die Betriebe mit ganz erheblichen Finanzierungsschwierigkeiten kämpfen müssen. Die angespannten Staatsfinanzen erlauben keinerlei Impulse für die Wirtschaft von Seiten der öffentlichen Hand. Die Arbeitslosigkeit steigt auch im Kammerbezirk weiter, u.a. zurückzuführen 1980 auf den Konkurs zweier Betriebe im Eupener und Sankt Vitherr Raum, die rund 200 Arbeitsplätze kosten.

Am 15. Oktober 1979 gedenken die Handelskammern zu Aachen, Maastricht, Verviers und Eupen im Rahmen eines Festakts mit rund 600 Festgästen, zu denen auch der deutsche Bundespräsident Karl Carstens gehörte, der 175. Wiederkehr ihres Gründungsjahres. Referenten sind Dr. Otto Graf Lambsdorff, Bundesminister für Wirtschaft sowie Vicomte Etienne Davignon, Kommissar der Europäischen Gemeinschaft. Am 17. Januar 1980 stellte Präsident Alfred Bourseaux, aus diesem Anlass, ein durch die Kammer erstelltes Buch der Öffentlichkeit vor, das als ein Beitrag zur wirtschaftlichen Förderung für den ostbelgischen Wirtschaftsraum dienen soll. Die Kammer zählt nunmehr 152 Mitglieder.

1981 wird, auch auf Betreiben der Kammer, in der Eupener Industriezone ein eigenes Zolldepot eingerichtet, so dass die zolltechnische Abfertigung in Eupen durchgeführt werden kann. Zu erwähnen ist ebenfalls die Produktionseinstellung bei der Nadelfabrik Beka Eupen, die Ende 1981 voll zum Tragen kam. Die in 1947 gegründete Firma beschäftigte zu ihrer guten Zeit in 1974–1975 annähernd 500 Personen. Um der nationalen Wirtschaftsprobleme Herr zu werden, arbeitete die belgische Regierung Martens V im Jahr 1982 mit Sondervollmachten; so wurden annähernd 200 Königliche Erlasse verabschiedet, um positive Auswirkungen auf Wirtschaft, Beschäftigung und Staatsfinanzen zu erzielen und die Inflation einzudämmen. Ab Mitte der 80er Jahre führen diese Maßnahmen endlich zu einer Stabilisierung der Verbraucherpreise (+0,6 %), nach einer 15jährigen Periode (1971–1985) mit einer durchschnittlichen jährlichen Inflationsrate von 7,5 %.

Im Juni 1985 stellt die IHK der Öffentlichkeit einen Informationsordner der Kammer mit Titel "Ostbelgien – ein interessanter Wirtschaftsstandort" vor, der als Standortwerbung im In- und Ausland dienen soll. Ende 1985 zählt die Kammer 176 Mitgliedsfirmen.

Abschließend für diesen Zeitabschnitt weisen wir darauf hin, dass mehrere Verwaltungsratsmitglieder der Kammer, die sich jahrelang für die Belange der Kammer und der gesamten Regionalwirtschaft eingesetzt haben, versterben: in 1978 Herr Raymond Blaise, in 1979

Herr Johann Wagener, in 1983 Herr Eckart von Asten, in 1984 die Herren Ernest Kötten und August Cremer und 1986 Herr Frédéric Georges Lang.

5.2. PERIODE 1987–1997: VERÄNDERTE MARKTBEDINGUNGEN, EUREGIONALE AKTIVITÄTEN

Trotz der positiven Entwicklung der Wirtschaftsaktivitäten unseres Landes ab Mitte der 80er Jahre mit geringer Inflation, stabilen Energiepreisen und einem im Vergleich zu den Vorjahren niedrigen Niveau des Diskontsatzes der Nationalbank bleiben weiterhin zwei große nationale Probleme ungelöst: die Staatsverschuldung und die Arbeitslosigkeit. Am 19. Oktober 1987 kommt es an der Wall Street zu Unruhen mit negativen Auswirkungen auf die europäischen Börsen

Im Jahr 1987 wird die Kammer Mitglied des wallonischen Verbandes der IHKs, der als Gegengewicht zum flämischen Verband angesehen wird. Ende 1987 zählt die Kammer erstmalig 200 Mitglieder. Im Februar 1988 findet am Sitz der Kammer ein wirtschaftspolitisches Rundtischgespräch mit dem in Belgien tätigen Botschafter der DDR statt, ein historisches Treffen, wie sich kurze Zeit später herausstellen wird. 1989 werden die Grenzen zu den Ostblockländern wieder durchlässig, die Wiedervereinigung Deutschlands durch den Berliner Mauerfall, ... bringen gänzlich neue politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Gegebenheiten hervor. Die erhoffte verstärkte Wirtschaftsaktivität zu Beginn der 90er Jahre kommt nicht so recht in Schwung: politische Unsicherheit in Osteuropa, der Exodus dieser Bevölkerung, der Anfang 1991 beginnende Golfkrieg, der Bürgerkrieg in Jugoslawien, ...

Am 11. Dezember 1991 wird Josef Bernrath, seit über 20 Jahren Geschäftsführer der IHK, offiziell verabschiedet und sein Nachfolger, Volker Klinges, vorgestellt. Am 24. Dezember 1991 verstirbt das langjährige Mitglied des Verwaltungsrates, Herr Curt Mayer.

Ende 1991 bricht die Genossenschaftsmolkerei Büllingen–St. Vith auseinander. Auch der ostbelgische Holzmarkt wird durch gewaltige Übermengen Holz infolge der Sturmkatastrophe von 1990 überschwemmt und führt zu einem bedeutenden Preissturz und somit zu großen Problemen in diesem Sektor. Die Malmedyer Papierfabrik Intermills muss Beginn Dezember 1992 Konkurs anmelden. 500 Arbeitsplätze in beiden Betriebsstätten in Malmedy sind in Gefahr, können aber durch die Betriebsteilung und Übernahme durch den französischen Konzern Sibille Dalle sowie die deutsche Unternehmensgruppe Kiefer größtenteils gerettet werden. Anfang der 90er Jahre werden durch Brände mehrere traditionelle Betriebe in schwere Mitleidenschaft gezogen: Polsterfabrik Rom/Eupen, Kaufhaus "Der Schwan"/Eupen, Schreinerei Töller /Bütgenbach.

Europa steht nach dem Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 und im Hinblick auf das "magische Datum" des 1. Januar 1993, Wegfall der EU-Binnengrenzen, vor einer neuen Ära auf dem Weg zur vollständigen Wirtschafts- und Währungsunion. Der Wegfall der Grenzen fordert jedoch auch Opfer. Im Transportsektor gehen im Bezirk Verviers, vornehmlich in Ostbelgien, rund 300 Arbeitsplätze verloren. Die wirtschaftliche Situation Belgiens war Beginn der 90er Jahre durch einen steten Anstieg der Betriebskonkurse und folglich der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Der reale Rückgang der nationalen Wirtschaft beläuft sich 1993 auf 1,3 %, das schlechteste Ergebnis der letzten 40 Jahre.

Im März 1993 veröffentlichen die IHKs Eupen und Verviers den "Wirtschaftsführer des Verwaltungsbezirkes Verviers". Die Zusammenarbeit der IHKs der Euregio Maas–Rhein nimmt Anfang der 90er Jahre verstärkt zu: EG-Beratungsstelle, Zuliefervermittlungsdienst, gemeinsame Präsenz auf Messen, Firmentreffen und Business-Lunches, Messebesuche mit euregionalen Firmen, Studien über die Euregio, ... 1994 startet unsere IHK die bis zum heutigen Tage fortdauernde Zusammenarbeit im grenzüberschreitenden Weiterbildungsbereich mit der IHK Aachen.

Während Mitte der 90er Jahre die wirtschaftliche Situation Osteuropas und der GUS-Staaten weiterhin prekär bleibt, entwickelt sich die Konjunktur ab 1994 in den großen Wirtschaftsräumen USA und EU insgesamt positiv, wobei insbesondere der asiatische Wirtschaftsraum einen wahren Wirtschaftsboom kennt. Die belgische Wirtschaft wird durch den internationalen Aufschwung mitgetragen. Die Europäische Union wird 1995 durch den Beitritt von Österreich, Finnland und Schweden zu einer 15er-Gemeinschaft.

1994 wird unter Mitträgerschaft der IHK die Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien geschaffen, deren Aufgabe die permanente Beobachtung des Arbeitsmarktes durch die systematische Erfassung aller relevanten Zahlen und Entwicklungen ist. Zwei neue Aktivitäten der Kammer werden 1995 gestartet, die bis zum heutigen Zeitpunkt fester Bestandteil der Kammertätigkeit sind: die Konjunkturumfrage, der Jahresendempfang. Mitte 1996 beteiligt sich die Kammer an der Gründung des zwischenbetrieblichen Kontrolldienstes Medicontrol, der den Unternehmen bei krankheitsbedingten Abwesenheiten ihrer Arbeitnehmer zur Verfügung steht. Im September 1996 präsentieren die IHKn Verviers und Eupen die neue Auflage des Wirtschaftsführers des Bezirkes Verviers. Im Oktober 1997 veröffentlichen die Kammern der Euregio ein 340 seitiges Wirtschafts- und Kulturporträt der Euregio Maas-Rhein.

Ende des Jahres 1997 tritt Herr Alfred Bourseaux als Präsident der Kammer zurück. Der lang-jährige Präsident wird durch den Verwaltungsrat in Anerkennung seiner hohen Verdienste um die Entwicklung der Kammer und des ost-belgischen Wirtschaftsbezirkes der Titel "Ehrenpräsident" verliehen. Am 17.12.1997 findet aus diesem Anlass eine Feier statt, an der rund 200 Gästen aus Wirtschaft und Politik teilnehmen. Mit dem Abschluss des Geschäftsjahres 1997 feiert die Kammer ein seltenes Jubiläum: Herr Felix Peters ist seit 50 Jahren Mitglied des Verwaltungsrates.

5.3. PERIODE 1998–2004: AKKREDITIERUNG, ISO-ZERTIFIZIERUNG, 200JÄHRIGES BESTEHEN

Zum 1. Januar 1998 übernimmt Herr Axel Bourseaux das Präsidentenamt der Kammer, zu einer Zeit, als durch den Strategieplan des Nationalverbandes, bedeutende Veränderungen auf die belgische Kammerlandschaft zukommen. Der besonderen geopolitischen und sprachlichen Situation der ostbelgischen Kammer ist in diesem Plan nicht Rechnung getragen, so dass die IHK Eupen nur weiterbestehen könnte, wenn sie mit einer oder mehreren Kammern fusionieren würde.

Trotz der allgemeinen guten wirtschaftlichen Lage im Jahr 1998 verliert unser Kammerbezirk und insbesondere die Stadt Malmedy mit dem Konkurs der traditionsreichen Firma Utammo einen über Jahrhunderte tragenden Wirtschaftssektor, die Lederverarbeitung. Die Gebäude der Firma werden Jahre später durch Umbau in ein Messezentrum einer neuen Zweckbestimmung zugeführt. Eine Verlangsamung der weltweiten Wirtschaftsaktivitäten zeichnet sich Ende 1998 ab, die ihren Ursprung in der Finanzkrise in Asien hat.

Ende des Jahres 1998 versterben mit den Herren Gert Noël, Verwaltungsratsmitglied, und Josef Bernrath, Geschäftsführer i.R., zwei Persönlichkeiten, die die Kammertätigkeit über Jahrzehnte entscheidend geprägt haben.

Trotz mehrmonatiger intensiver Verhandlungen mit den verschiedenen Instanzen des Nationalverbandes kann letztlich erst am 28. April 1999 im Rahmen der außerordentlichen Generalversammlung des Nationalverbandes ein Kompromiss zum vorliegenden Strategieplan für die IHK Eupen gefunden werden. Ab dem zweiten Halbjahr 1999 laufen die Vorbereitung zwecks Akkreditierung der Kammer an: Partnerschaftsabkommen mit der Vervierser Baukammer, Satzungsänderungen, insbesondere die Bezeichnung der Kammer (Industrie- und Handelskammer Eupen-Malmedy-St. Vith), der Zweck, die Mitgliedschaft und die Besetzung des Verwaltungsrates werden abgeändert, ISO 9001-Zertifizierung, Kooperationsabkommen mit der IHK Aachen, Entwicklung einer eigenen Website.

Aufgrund einer neuen Gesetzgebung ab Januar 1999, die den Zugang zu den beruflichen Tätigkeiten erschwert, sinkt die Anzahl Firmengründungen im Jahr 1999 und in den Folgejahren in Belgien drastisch. Für den Kammerbezirk bedeutet dies 1999 ein Rückgang von 42 % im Vergleich zu 1998. Das weltweite Wirtschaftswachstum, das im Jahr 1999 bereits bedeutend war, nimmt im Jahr 2000 weiter zu. Die Arbeitslosenquote liegt in der D.G. mit unter 5 % auf einem historischen Tief, viele Betriebe beklagen einen akuten Arbeitskräftemangel, der teilweise hemmend auf eine weitere Expansion einwirkt. Im Laufe des Jahres 2000 werden durch Übertragung der Ausübung der Beschäftigungszuständigkeit von der Wallonischen Region an die D.G. zwei neue Gremien geschaffen: autonomer Verwaltungsrat des Arbeitsamtes der DG, Wirtschafts- und Sozialrat der DG. Anfang 2000 nimmt der Studienkreis "Schule und Wirtschaft" unter Mitträgerschaft der IHK seine Tätigkeit auf mit dem Ziel, für einen ständigen Dialog zwischen schulischen Einrichtungen und der Unternehmenswelt zu sorgen. Ende 2000 kündigt die Kammer die Mitgliedschaft beim wallonischen Kammerverband auf. Die Fußballeuropameisterschaft 2000 in Belgien und Holland nutzen die drei IHKs der Provinz Lüttich, um für den Wirtschaftsstandort intensive Werbung zu betreiben. Ende 2000 zählt die Kammer 340 Mitgliedsfirmen.

Im Mai 2001 wird die Kammer durch den Nationalverband akkreditiert, wodurch die Zukunft der Kammer Eupen als eigenständige und vollwertige Kammer im belgischen Gefüge gesichert ist. Mit Stolz kann darauf hingewiesen werden, dass unsere Kammer im Rahmen der Akkreditierungsprozedur die erste belgische Kammer war, die gleichzeitig über beide Zertifikate (ISO-Zertifikat, Akkreditierung) verfügte. Endgültiges Resultat des Strategieplans bis heute: Reduzierung der Anzahl belgischer Kammern von 26 auf 16.

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld verschlechtert sich im Laufe des Jahres 2001, wobei die konjunkturelle Abschwächung durch die dramatischen Ereignisse in Amerika am 11. September 2001 beschleunigt wird. Auch der ostbelgische Wirtschaftsraum bleibt von diesem Klima der Ungewissheit nicht unberührt. Lichtblick auf europäischer Ebene ist die Einführung zum 1. Januar 2002 des Euro. Europa wächst wieder ein Stück näher. Die Jahre 2002 und 2003 sind, auch für viele ostbelgische Firmen, durch schwierigere wirtschaftliche Verhältnisse gekennzeichnet: schwächere Nachfrage, Preisdruck, verstärkte internationale Konkurrenz, ... Die Arbeitslosigkeit steigt im Kammerbezirk auf zwischen 6 und 7 % an, zurückzuführen auf eine gedämpfte Einstellungspolitik der Betriebe sowie auf einen Anstieg von Personen mit Wohnsitz in Ostbelgien, die im Ausland arbeitslos geworden sind.

Am 15. Mai 2003 erhält die Kammer das Qualitätszertifikat ISO 9001 nach der neuen Norm 2000. Am 3. Juni 2003 werden die Herren Robert Mockel und Dr. Marc Knauf zum Präsident bzw. Vize-Präsident der Kammer gewählt. Ihrem 200jährigen Bestehen gedenkt die Kammer am 30. April 2004 im Rahmen einer lokalen Festveranstaltung mit über 200 Gästen. Gastredner sind u.a. der Präsident des belgischen Nationalverbandes und Wirtschaftsminister Serge Kubla. Zum 1. Mai 2004 werden zehn Staaten Mittel-, Ost- und Südeuropas in die Europäische Union aufgenommen, wodurch die künstliche Trennung des Kontinents in "Ost" und "West" beendet wird. Noch nie in seiner langen Geschichte war Europa mit nunmehr 25 Staaten so geeint. Wie sich die zukünftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ost- und Westeuropa und derer sozialen Auswirkungen darstellen wird, wird uns die Zukunft lehren. Das Rekordniveau der Erdölpreise stellt unbestritten das wichtigste Finanzereignis des Sommers 2004 dar. Spekulationen, terroristische Bedrohung und kriegerische Auseinandersetzungen sowie der bedeutende Anstieg des Erdölverbrauchs der chinesischen Wirtschaft begründen den Preisanstieg um über 40 % innerhalb von 6 Monaten. Ein Preisniveau, das viele Experten erst für 2010 erwartet haben.

Am 23. September 2004 feiert die IHK Eupen auf euregionaler Ebene in Aachen mit den ebenfalls im Jahr 1804 gegründeten Kammern aus Aachen, Maastricht und Verviers und rund 700 Gästen das 200-jährige Bestehen dieser Einrichtungen. Wolfgang Clement, deutscher Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, hält als Gastredner den Festvortrag.

5.4. PERIODE 2004 BIS 2024: GROSSE VERÄNDERUNGSPROZESSE UND KRISEN

Die letzten 20 Jahren waren durch große Veränderungsprozesse – neue Technologien, Globalisierung und demografischer Wandel – geprägt, die in besonderem Maße auch das Wirtschaftsleben in Ostbelgien bedeutsam beeinflusst haben und dies weiter tun.

Neue Technologien beschleunigen und verbilligen Transaktionen, erleichtern globale Kommunikation und machen Güter und Dienstleistungen schneller und umfassender weltweit verfügbar. Die zunehmende Bedeutung der wissensbasierten Qualitätsproduktion hat für viele Staaten bisherige Standortnachteile in Vorteile verändern können. Die fortschreitende Globalisierung verschärft den internationalen Wettbewerb zwischen Unternehmen und Standorten. Der demografische Wandel wird ebenfalls gravierende Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft haben.

Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008–2009 stellt auch Ostbelgien vor neue Herausforderungen. Erstmals in der Nachkriegszeit geht im Jahr 2009 die weltwirtschaftliche Produktion zurück. Europa ist gerade aufgrund seiner intensiven internationalen Verflechtungen von der Krise betroffen, schafft es aber, den wirtschaftlichen Einbruch abzufedern. Manche europäische Staaten, u.a. Belgien und Deutschland, überwinden die Krise schnell, die Auftragsbücher der Industrieunternehmen füllen sich rasant, der Export boomt wieder. Dieser wirtschaftliche Erholungsprozess verfestigt sich dann auch. Anders dagegen ist es in einigen anderen EU-Mitgliedsstaaten. Deren Finanzprobleme haben sich durch die Wirtschaftskrise verschärft. Sie müssen durch Euro-Rettungsschirme finanziell unterstützt werden. In den Euro-Mitgliedsländern kommt es nun darauf an, eine nach vorne gerichtete Wachstumsstrategie mit Haushaltsdisziplin und einer soliden Finanzpolitik zu kombinieren.

In der Zeit von 2012–2019 befindet sich die Wirtschaft wieder auf einem stabilen und hohen Niveau.

Am 16. Juni 2017 tritt Dr. Marc Knauf die Nachfolgerschaft als Präsident von Herrn Robert Mockel an, der 14 Jahre lang den Vorsitz innehatte. Robert Mockel wird aufgrund seiner Verdienste um die Kammer zum Ehrenpräsident der Industrie- und Handelskammer Eupen–Malmedy–Sankt Vith“ ernannt.

Im März 2020 stürzt plötzlich die Corona–Pandemie, eigentlich eine sanitäre Krise, die Weltwirtschaft in eine dramatische Krise: Unternehmen droht die Pleite, Menschen verlieren ihre Arbeit. Besonders bei den kleineren Betrieben sind nicht nur die Rücklagen inzwischen aufgebraucht. Sie haben auch ihr privates Vermögen eingebracht. Im Staatshaushalt klaffen tiefe Löcher. Die Verschuldung der öffentlichen Hand steigt massiv an. Die Corona–Pandemie hinterlässt tiefe wirtschaftliche Spuren, von den psychologischen, mentalen, soziologischen und gesundheitlichen Folgen kaum zu schweigen.

Kaum, dass diese Krise überwunden schien, beginnt im Februar 2022 der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Putins Ukraine–Krieg bedeutet Tausende Tote und erheblichen wirtschaftlichen Schaden weltweit. Die EU beschließt, Europa wirtschaftlich krisenfester aufzustellen, die Energieimporte aus Russland radikal zurückzufahren und die europäische Verteidigung deutlich auszubauen. Auch die ostbelgische Wirtschaft ist durch die Energie- und Rohstoffknappheit und deren Preisexplosion, der steigenden Inflation und damit bedeutsamen Lohnkosten–Anhebungen und die vorherrschende internationale wirtschaftliche und politische Unsicherheit stark negativ betroffen.

In beiden Krisensituationen hat die IHK Ostbelgien versucht, den lokalen Unternehmen ein präsender und unterstützender Partner zu sein.

Ein kurzer Ausblick nach vorne: Es ist zu unterstreichen, dass Globalisierung und Migration, Digitalisierung und künstliche Intelligenz, Klimawandel und Energiewende sowie Industrie 4.0, die Wirtschaft und Gesellschaft in den kommenden Jahren, auch in Ostbelgien, weiter prägen werden. Neben Herausforderungen bieten sie natürlich neue Chancen, die es zu ergreifen gilt. Eines ist sicher: diese großen Trends werden die Welt, in der wir leben, arbeiten und unternehmen, tiefgehend verändern.

Auch vor dem Hintergrund dieser bedeutenden globalen Veränderungen stellt sich den Verantwortlichen vermehrt die Frage der zukünftigen organisatorischen Orientierung der IHK Ostbelgien und des, in der gemeinsamen Geschäftsstelle geführten Arbeitgeberverbandes. Um Synergien zu nutzen, Kräfte zu bündeln und auf neue Herausforderungen schnell und gestärkt reagieren zu können – mit dem Ziel, die Zukunftsfähigkeit beider Organisationen nachhaltig zu sichern und Unternehmen, Arbeitgeber sowie Partner bestmöglich zu unterstützen – wird eine bedeutende strategische Neuausrichtung beschlossen, die ab 2025 greifen soll.

Daher also ein letzter Blick zurück auf über 220 Jahre Kammergeschichte: sie zeigt eindrucksvoll, wie eng die wirtschaftliche Entwicklung Ostbelgiens mit dem Wirken der Industrie- und Handelskammer verknüpft ist. Ausgehend von der starken Tuchindustrie in Eupen entwickelte sich die Kammer im Laufe der Jahrzehnte zu einer zentralen Stimme für alle Wirtschaftsbereiche in der Region. Sie begleitete Aufschwung und Wandel, meisterte wirtschaftliche Umbrüche und blieb stets ein verlässlicher Partner für ihre Mitgliedsunternehmen.

5.5. PERIODE AB 2025: GEMEINSAM IN DIE ZUKUNFT– EINE NEUE ETAPPE FÜR OSTBELGIENS WIRTSCHAFT

Am 28. März 2025 beschließen die Mitglieder im Rahmen von zwei getrennten außerordentlichen Generalversammlungen einstimmig die Fusion der beiden Vereinigungen, dies rückwirkend zum 1. Januar 2025. Präsident der neuen Vereinigung, die unter der Bezeichnung AVED-IHK OSTBELGIEN firmiert, wird Bernd Hugo, bisheriger Präsident des AVED, unterstützt durch Vizepräsident Bruno Radermacher. Dr. Marc Knauf wird aufgrund seines mehr als 20-jährigen Engagements als Verwaltungsratsmitglied, Vizepräsident und Präsident der IHK zum Ehrenpräsidenten ernannt. Der Verwaltungsausschuss der Vereinigung wird auf 18 Personen erweitert.

Mit dem so erfolgten Zusammenschluss ist nunmehr eine gemeinsame Wirtschaftsvertretung entstanden, um die Interessen der Unternehmen und Arbeitgeber in Ostbelgien noch stärker zu vertreten. Diese Fusion markiert nicht nur das Ende einer langen, eigenständigen Geschichte der jeweiligen Organisationen – sie ist zugleich der Anfang eines zukunftsgerichteten Verbunds.

Was die beiden bisherigen Organisationen nunmehr verbindet, ist nicht nur die gemeinsame Vergangenheit, sondern vor allem der gemeinsame zukunftsorientierte Anspruch und Antrieb: als Interessenvertreter, Vordenker und Impulsgeber die Zukunft Ostbelgiens aktiv mitzugestalten und den Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensstandort Ostbelgien zu einer dynamischen, wettbewerbsfähigen aber auch nachhaltigen und solidarischen Region mit starken Betrieben, klugen Köpfen und innovativen Lösungen weiterzuentwickeln.